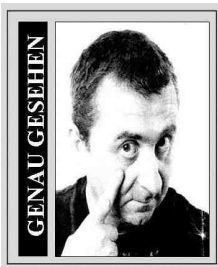


# AUFGEMERKT & ANGEMERKT

•Freundeskreis • Neue Zeit • Geschichte

Nr. 16

## In diesen Tagen und Wochen gilt: Sag mir wo du stehst



**Solidarität mit  
Schutzsuchenden,  
helfen - Und wie  
weiter? Haltung  
ist gefragt!**

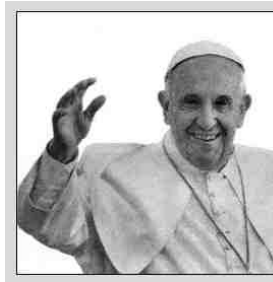
Gerade in diesen Tagen und Wochen, da manch "Besorgte Bürger" und Pegida-Marschierer, flankiert von Konservativen in Politik und Gesellschaft, versuchen, in dieser Sache weiterhin die Meinungsführerschaft an sich zu reißen, ist Haltung gefragt. Denn: Wo nicht mit öffentlichen Widerspruch zu rechnen ist, fallen Behauptungen und Lügen auf fruchtbaren Boden.

### Meinungen

**Hass und Hetze werden geschürt.**

Was sind sie nicht besorgt, die wahrheitsmutigen Alternativlinge für Deutschland. So besorgt, dass sie immer weiter nach rechts gehen. Die Gründungsväter, die liberalen Professoren oder der Ex-Manager Hans-Olaf Henkel, traten aus, geben sich entsetzt über den Geist, den sie aus der Flasche ließen. Von einem »Monster« spricht Henkel heute. Und das wächst und gedeiht. Die AfD geht erfolgreich auf Menschenfang. Sie schafft es Hand in Hand mit Pegida, dumpfe Ressentiments aufzufangen und gleichzeitig die Ängste vor Flüchtlingen weiter zu schüren.

Wie so oft gehören zwei dazu: der Sender der Botschaft und diejenigen, die derlei Botschaften gerne empfangen. Doch hier gibt es einen dritten Akteur: all diejenigen, die Legitimation verleihen, weil sie immer wieder Verständnis für die »Sorgen der Bürger« äußern. Das ist genau der falsche Weg. Noch sind diejenigen in der Mehrheit, die sich gegen



**Der Umgang mit  
Flüchtlingen ist ein Test  
für unsere  
Menschlichkeit.  
Papst Franziskus am  
27.Nov. 2015 bei seinem  
Besuch in Uganda**

*Rassismus und auf die Seite der Geflüchteten stellen. Höchste Zeit also, den rechten Umtrieben den entschiedenen Kampf anzusagen. Denn wer mit Nazis marschiert, ist kein »besorgter Bürger«, sondern steht schlicht und ergreifend auf der falschen Seite der Barrikade. Zu denken, man könne die verirrten Schäflein einfangen, in dem man die rechten Parolen etwas milder aufgreift, war schon immer ein Irrlaube.*

**Über den Umgang mit der AfD.  
Jörg Meyer am 09.11.2015 in einer Rezension zu  
"AfD. Eine Alternative?" Von: Crome, Erhard  
Spotless 127 Seiten 9.99 € Im nd-Shop**



**Die Geister, die ich rief: Teilnehmer einer Kundgebung  
der Alternative für Deutschland (AfD)**

**Foto: dpa/Hendrik Schmidt**

### **AfD & Pegida wollen Kurs vorgeben**

Die Tageszeitung »Freie Presse« erreichte vor ein paar Wochen der Hinweis auf eine Straftat im sächsischen Reinsdorf. Eine Drogerieangestellte habe Asylbewerber beim Klauen erwischt und sei noch am selben Abend von sechs Männern

überfallen und vergewaltigt worden. »Meines Wissens liegt sie im Koma im Krankenhaus«, so der Informant in seiner E-Mail. Doch die Nachricht war eine Ente. Weder die Polizei im Kreis Zwickau noch irgendein Hospital der Region konnte sie bestätigen.

Dennoch bot die erfundene Geschichte in den sozialen Netzwerken Anlass für Hetze: gegen männliche Flüchtlinge.



*Auf keiner Pegida-Demo und bei keinem Talkshowauftritt der AfD fehlt inzwischen der Hinweis, dass 70 Prozent der Neuankömmlinge Männer seien. Muslimische Männer unter 30, da weiß man doch, was da abgeht: Voller Hormone, gelangweilt und ohne sinnvolle Beschäftigung lungern sie vor den Wohnheimen herum - und kommen auf dumme Gedanken. Zum Beispiel, vorbeilaufende Frauen anzuquatschen, zu belästigen oder Schlimmeres. Jürgen Mannke, Vorsitzender des Philologenverbandes in Sachsen-Anhalt, spricht in seiner Mitgliederzeitung von »Immigranteninvasion« - und fordert Aufklärung, damit sich junge Mädchen nicht »auf ein oberflächliches Abenteuer mit sicher oft attraktiven muslimischen Männern einlassen«. Im Netz pöbeln Kommentatoren gegen »nordafrikanische Verbrecher, die aus den Gefängnissen nach Europa verschifft werden« und warnen vor Verhältnissen, wo sich Frauen »ihre blonden Haare schwarz färben müssen, um einer Vergewaltigung zu entgehen«. Belege für solche Behauptungen sind Mangelware, statt seriöser Fakten kursieren vorwiegend Gerüchte. Selbstverständlich produzieren Not und Unsicherheit auch Aggressionen in den Heimen. Hilfsorganisationen warnen aber davor, Einzelfälle auf- j zubauschen und Panik zu schüren. AfD-Politiker wie Björn Hocke und Frauke Petry hält das ebenso wenig wie publizistische Scharfmacherinnen davon ab, auf Kosten männlicher Asylbewerber Stimmung zu machen. Da tun Rechtspopulistinnen plötzlich so, als seien sie Feministinnen - und umgekehrt werden Feministinnen zu Rechtspopulistinnen.*

**Thomas Gesterkamp,  
Journalist und Buchautor aus Köln  
in Interview 14./15. Nov.**

## **Rassismus und Vorurteile gegen Flüchtlinge**

**Umfrageergebnis der AfD ist ohne Herrn Söder nicht denkbar. - In den Wahlumfragen stagnieren die Grünen. Rechtspopulisten, die Stimmung gegen Flüchtlinge machen, befinden sich dagegen im Aufschwung - insbesondere nach den Terroranschlägen in Paris. Was wollen die Grünen dagegensetzen?**



*Die rechten Parteien profitieren davon, dass sie aus der Mitte demokratischer Parteien hoffähig gemacht werden. Das Umfrageergebnis der AfD ist nicht denkbar ohne einen Herrn Söder, der den Menschen weismachen will, dass man dann den Zuzug von Flüchtlingen nach den Terroranschlägen unterbinden muss. Diese Form, Rassismus und Vorurteile gegen Flüchtlinge hoffähig zu machen, macht die Rechten stark. Herr Seehofer und Herr Söder sorgen dafür,*

*dass sich die AfD oberhalb der Fünf-Prozent-Hürde etabliert. Nicht nur wir Grünen, sondern ich meine alle demokratischen Kräfte links der Mitte müssen deshalb deutlich machen, dass wir mit einer Politik der Ausgrenzung und Abschreckung die Probleme größer und nicht kleiner machen.*

**Jürgen Trittin in nd -Interview 23.11. 2015**

## **Nazigewalt ist die große Herausforderung**

**Zur Zeit der Debatte um die Unterbringung der Flüchtlinge und dort entstehende Konflikte scheint es kaum großes öffentliches Interesse zu geben für wirtschafts- und außenpolitische Debatten.**



*Ja, leider. Aber nicht die Flüchtlinge sind es, die den inneren Frieden gefährden. Es sind mittlerweile, den jüngsten Polizeistatistiken zufolge, etwa 500 Anschläge auf Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte aus dem Umfeld der rechtsextremistischen Szene registriert worden. Fünfhundert, und davon allein 20 Brandanschläge. Ich befürchte, dass wir bald die ersten Toten auf der Seite der Flüchtlinge zu beklagen haben.*

**Wird gegen den Terror von rechts nicht konsequent genug vorgegangen?**

*Seit dem Fall der Mauer hat rechtsextremistische Gewalt etwa 180 Todesopfer gefordert. Dies ist tatsächlich die große, innenpolitische Herausforderung. Nicht die Flüchtlinge, die wir unterbringen und deren Sicherheit wir garantieren sollten, sind das Problem. Es ist der rechts-extremistische Bereich, der Fremdenfeindlichkeit und Rassismus schürt, und dieses Denken längst bis in die Mitte der Gesellschaft getragen hat. Diese Debatte müssen wir führen.*

**Warum wird sie nicht geführt?**

*Weil die Union ganz offenkundig ideologisch ein Problem damit hat. Und deswegen ist es notwendig, klar zu machen: Nein, es sind nicht die Flüchtlinge, es sind diejenigen, die von Rechtsextremen aufgehetzt werden und die Hoffnung mindern, dass Flüchtlinge hier in Sicherheit und in Frieden leben können.*

**Es geht aber auch um die Belastungsgrenzen von Städten und Gemeinden, da muss man doch über konkrete Flüchtlingszahlen und Obergrenzen reden, oder?**

*Ich finde, es kommt zuerst darauf an, ob man mit der Einstellung herangeht, »Es sind sowieso zu viele« oder ob man sagt, »Wir schaffen es«. Letzteres hat die Kanzlerin der Politik auferlegt: Wir können das*

*schaffen, wenn wir es denn schaffen wollen. Ich glaube außerdem, dass kein Einziger in Deutschland Sorge haben muss, auch nur einen Cent weniger zur Verfügung zu haben als bisher. Wir haben in der Bundesrepublik momentan Steuermehreinnahmen in einer Größenordnung, wie es sie bisher noch nicht gab. Wir sind reich genug, um auch damit umzugehen.*

### **In Großstädten wird bezahlbarer Wohnraum knapp, die Armutquote steigt. Können Sie nachvollziehen, dass Bürger sich angesichts großer Zuzugsströme Sorgen um ihre Lebensumstände machen?**

*Dass wir in Deutschland eine Spaltung der Gesellschaft haben, in der wenige immer reicher werden und immer mehr in die Armutsfalle geraten, hat nichts mit Flüchtlingen zu tun. Vielmehr liegt das an einer Politik, die daran nichts ändert. Jedes fünfte Kind in Deutschland wird unterhalb der Armutsschwelle groß. Die OECD beklagt, dass in Deutschland Kinder aus sozial schwachen Familien nur geringe Bildungschancen haben.*

### **Sie haben mehrfach abgelehnt, mit Vertretern von Pegida oder ähnlichen Bewegungen öffentlich zu reden. Warum?**

*Ich glaube nicht, dass dies sinnvoll wäre. Ich denke, es ist wichtiger, Haltung zu zeigen. Man muss klar machen, wo man steht, und man darf nicht schwanken. Wer schwankt, der verliert. Pegida ist da nicht zufällig in Sachsen entstanden und gewachsen. Diese Entwicklung hat auch damit zu tun, dass über viele Jahre, etwa in Dresden, der bürgerliche Widerstand gegen die jährlichen Aufmärsche als Störung der öffentlichen Ordnung angesehen wurde. Nicht die Rechtsextremen hatten mit polizeilichen Maßnahmen zu rechnen, sondern die, die sich gegen Neonazis stellten.*

**Uwe-Karsten Heye im Interview am 16. Nov. 2015. Er war Sprecher der Regierung von Gerhard Schröder und Chefredakteur der SPD-Zeitung »Vorwärts«. Mit dem Verein »Gesicht zeigen!« engagiert er sich seit 15 Jahren für Zivilcourage und gegen Fremdenhass.**

Foto: dpa/Kay Nietfeld

### **Kleinbürgertum in Abstiegsangst**

*Unlängst sorgte eine Umfrage für Aufsehen: Die Rechtspartei AfD wurde als drittstärkste Kraft ausgewiesen.*

*Es gibt Gründe für Skepsis über Aussagegehalt und Funktion von Wahlumfragen.*

*Dass die Rechtspartei seit dem Sommer in den Umfragen zulegen kann, ist aber keine Frage, die*



*sich mit Kritik an Umfragen aus der Welt schaffen ließe. Angefeuert durch eine breite Anti-Asyl-Rhetorik auch der Regierungsparteien, vor allem aber der CSU, die zum Treiber für die AfD geworden ist. Der Chef des Instituts Forsa, Manfred Güllner, nannte es eine Bestätigung der alten »Erfahrung, dass man mit rechten Themen immer das radikalere Original - in diesem Fall die AfD« stärkt.*

*Die Anhängerschaft der AfD radikalisiert sich zudem nach rechts.*

*Wenn man es etwas grob formulieren will: Zur AfD strebt eine von sozialem Verlust sich bedroht führende Mittelschicht, die aggressiv gegen Migranten und Flüchtlinge Front macht. Ein absteigendes Kleinbürgertum, das von der Regierung gar nichts hält - aber genauso wenig von Arbeitskämpfen, da ist man sich mit der Klientel der Großen Koalition einig. Es gibt gute Gründe, dieses Potenzial nicht durch Überbetonung von Umfragen »hochzuschreiben«. Aber das Problem sind nicht die Umfragen.*

### **Tom Strohschneider über die AfD im Spiegel von Umfragen und die Anhängerschaft der Rechtspartei**



### **Nicht bloß der "Verwaltung des Unvermeidlichen" widmen - Migranten mehr als bisher einbeziehen**

**Selten dürften die sächsischen LINKEN Rico Gebhardt und Dietmar Pellmann so beherzte Zustimmung auch bei Sympathisanten für ihre Positionsbestimmung in Sachen "Herausforderung Asyl" gefunden haben. Der LINKEN kommt durch die Zuwanderung eine spezielle Verantwortung zu. In dem von Landeschef Rico Gebhardt vorgelegten Positionspapier wird darauf eingegangen. In dem Beitrag unter der Überschrift "Herausforderung Asyl" von Hendrik Lasch heißt es in der Tageszeitung "neuen deutschland" ua.:**

*Man dürfe nicht nur sagen, dass Flüchtlinge nicht mehr in unbeheizten Zelten wohnen sollen, sagt Pellmann: »Wir müssen auch sagen, wie*

**und wo wir sie statt dessen unterbringen wollen.«**

Und **Gebhardt**: Man müsse fundierter als andere die derzeit von vielen Menschen gestellte Frage beantworten: »Wo führt das alles hin?«

Kritik an den Verhältnissen ist für eine Oppositionspartei Alltagsgeschäft. Wenn andere die als unbefriedigend empfundenen Zustände jedoch anziehend finden, kann das zu Irritation führen - oder zu »klammheimlichem Ärger«, wie es Rico Gebhardt, Landeschef der LINKEN in Sachsen, formuliert. Der könne entstehen, weil die in Deutschland ankommenden Flüchtlinge ein Land gut fänden, »an dem wir so vieles zu

kritisieren haben«, schreibt Gebhardt in einem **Positionspapier zur Asylpolitik** - und mahnt seine

Genossen zugleich, sich solchen Ärgers zu enthalten. Die Migration, merkt er an, bedrohe eben auch einige »liebgewordene linke Gewissheiten«. Sie ist aber vor allem eine Aufgabe, der sich seine Partei womöglich intensiver stellen müsse als andere Parteien und Verbände. Die LINKE befinde sich derzeit in einer widersprüchlichen Lage, stellt Gebhardt fest. Einerseits sei sie »prinzipiell internationalistisch«, stehe also an der Seite jener, die sich mit ihrer Flucht de facto einer Volksabstimmung gegen brutale Regimes und wirtschaftliche Notlagen anschließen. Zugleich verstehe sich die Partei aber als »politische Sozialversicherung« der Menschen in der Bundesrepublik, die sich durch eine entfesselte Globalisierung in ihrer sozialen Existenz bedroht sehen - und Zuwanderer womöglich zuerst als Konkurrenten um Jobs und immer knapper werdende Ressourcen wahrnehmen. Man müsse daher fundierter als andere die derzeit von vielen Menschen gestellte Frage beantworten: »Wo führt das alles hin?«

Gebhardt sieht die Antwort in einer Politik für die »Prekarierten aller Länder«, die sich um einen syrischen Pizzabäcker ebenso kümmert wie um eine sächsische Alleinerziehende. »Wer Syrern ohne Schulabschluss hilft, kann auch sächsische Schulabbrecher an einen Beruf heran führen«, heißt es in dem Papier. Die Gesellschaft, stellt das Papier fest, werde sich durch die Vielzahl an Geflüchteten verändern - was Gebhardt freilich dezidiert als Chance begriffen wissen will. Dieser Ansatz gehe deutlich über den von CDU-Bundeskanzlerin Angela Merkel hinaus, der nur in der »Negation einer vollständigen Abschottung« bestehe. Auch Sachsens Regierung aus CDU und SPD hält Gebhardt vor, sich bloß der »Verwaltung des Unvermeidlichen« zu widmen - und dies durch teils »wirre« und wider-



sprüchliche Wortmeldungen führender Politiker zudem immer wieder in Frage zu stellen.

Für die von ihm geforderte Politik müsse sich auch die LINKE selbst ändern, räumt Gebhardt ein. Nicht zuletzt müssten Migranten »mehr als bisher« in die politische Arbeit einbezogen werden: Man solle »nicht nur für, sondern vor allem mit den Geflüchteten« sprechen...

Gebhardt betont aber auch, dass eine Relativierung der Grundwerte von Aufklärung und Humanismus »mit uns nicht zu machen« sei. Regeln und Rituale, die dem zuwider liefen, sehe man als »illegitim« an...

Diesen Aspekt streicht auch der Leipziger **Ex-Landtagsabgeordnete Dietmar Pellmann** heraus, der in dem Papier einen »deutlichen Fortschritt« sieht - auch wenn es »noch nicht vollkommen« sei. Neben einer deutlicheren Benennung der Faktoren, die zur massenhaften Flucht im Nahen Osten und in Afrika führen, wünscht sich der Sozialpolitiker konkretere praktische Vorschläge. Man dürfe nicht nur sagen, dass Flüchtlinge nicht mehr in unbeheizten Zelten wohnen sollen, sagt Pellmann: »Wir müssen auch sagen, wie und wo wir sie statt dessen unterbringen wollen.«

Aus Interview in der Tageszeitung **neues deutschland** (30.10. / 1.11.2015)

## Gerüchte sind der Tod jeder Wahrheit

**Das lange Leben der Leichtgläubigkeit**

Volkskundler Rolf Wilhelm Brednich über das Gerücht, seine historische

**Rolf Wilhelm Brednich**  
Volkskundler

FOTO: C. H. BECK VERLAG

„Früher, als Informationen und auch Gerüchte noch übers Telefon verbreitet wurden, wusste man wenigstens, wer am anderen Ende der Leitung ist.“

**Freie Presse 28. Okt. 2015**

**So funktionieren Sagen**  
Aus einem FP- Interview zum Thema **Flüchtlinge mit staatlicher Lizenz zum Ladendiebstahl, Vergewaltigungen durch Asylbewerbergruppen - derlei Unbewiesenes schießt zurzeit in der ganzen Republik ins Kraut - befeuert durch ein Klima der Fremdenfeindlichkeit. Gerüchte, die von der Glaubwürdigkeit her oft ebenso viel wert sind wie**

**Berichte über Chemtrails, Aliens oder das 265. angebliche Versteck des Bernsteinzimmers. Mit dem Phänomen der Alltagslegenden hat sich**

### Versuchter Missbrauch – Täter flüchtig

Auf einem Spielplatz auf dem Sonnenberg hat ein Mann zwei Mädchen zu sexuellen Handlungen aufgefordert. Es ist der zweite Fall in dem Stadtviertel binnen sechs Monaten.



### KOMMENTAR

## So funktioniert Hetze

VON BENJAMIN LUMMER  
benjamin.lummer@freiepresse.de



**G**erade einmal zwei Stunden hat es gestern nach Bekanntwerden des versuchten Missbrauchs gedauert, da stand für Pro Chemnitz der Täter fest. „Wieder versucht ein Ausländer auf dem Sonnenberg Kinder zu sexuellen Handlungen zu zwingen und bietet den Mädchen im Gegenzug Drogen an!“, hieß es auf dem Facebook-Auftritt der Rechtspopulisten. Für Pro Chemnitz reichte offenbar als Indiz, dass der Täter laut Polizei eine „hellbraune Hautfarbe“ haben soll. Den Einwand eines Internetnutzers, der

Täter habe nach Polizeinformationen fließend deutsch gesprochen, tat man ab: Asylbewerber würden bei ihren Taten oft deutsch sprechen.

Dass es sich tatsächlich um einen Ausländer handelt, sei zwar nicht auszuschließen, so eine Polizeisprecherin, Anhaltspunkte dafür habe man aber auch nicht. Der rechtspopulistischen Gruppierung ist das egal. Sie pickt aus einer Liste von Hinweisen den heraus, der zu ihrer Weltanschauung passt. Genauso funktioniert Hetze.

## Bösartige Täuschung

Frau erfindet Vergewaltigung durch Ausländer

Dresden. Eine Frau hat in Dresden eine Vergewaltigung durch zwei Ausländer vorgetäuscht und steht deshalb nun selbst im Fokus von Ermittlungen. Die am 21. Oktober angezeigte Tat hatte im Umfeld der rassistischen Pegida-Bewegung in Dresden für Aufregung gesorgt und galt dort als Beleg für kriminelle Machenschaften von Geflüchteten. Wie die Polizeidirektion Dresden am Freitag mitteilte, hat die Frau nun eingeräumt, die Tat erfunden zu haben. »Nach ihren Angaben hat weder ein Überfall noch eine Vergewaltigung stattgefunden. Ein Motiv für ihr Handeln gab die Frau nicht an«, hieß es.



Die Polizei hat nun ein Verfahren wegen Vortäuschens einer Straftat gegen die 29-Jährige eingeleitet. dpa/nd

**über Jahre der Göttinger Volkskundler, Erzählforscher und Autor Rolf Wilhelm Brednich (80) beschäftigt. Freie Presse: Herr Brednich, kommen Ihnen die Gerüchte, die zurzeit im Internet über Asylbewerber kursieren, bekannt vor? Rolf Wilhelm Brednich: Durchaus. Darin zeichnet sich die Struktur der modernen Sage ab. Die sozialen Netzwerke haben heute weitgehend die zu deren Verbreitung gebräuchliche mündliche Kommunikation ersetzt und werden zur Pflegestätte von Gerüchten, Mutmaßungen und Verdächtigungen. Das sind dann aber keine modernen Sagen. Da muss noch etwas hinzukommen. Und was?**

*Ich gebe ein Beispiel, das ich im Internet gefunden habe. Ein Fall, wo Asylbewerber bei Rewe beim Klauen erwischt und laufen gelassen „worden und - das Landratsamt die Rechnung übernommen haben soll. Würde ich ein weiteres Buch mit Alltagslegenden machen, nähme ich diese Geschichte auf. Das erfüllt alle Voraussetzungen einer modernen Sage - weil eine unerwartete Pointe hinzukommt.*

**Welche Funktionen erfüllen moderne Sagen?** Darin finden sich Dinge wieder, die man traditionell Fremden zuschreibt. Dort, wo die einem in großer Zahl begegnen, entsteht Xenophobie. Der Ausdruck besagt schon, dass diese Erscheinung auf die Antike zurückgeht. Und unter diesen Umständen entsteht diese wörtliche Furcht vor Fremden eher, als wenn man einen Einzelnen trifft. Dem begegnet man eher freundlich und versucht, ihm Hilfestellung zu leisten. Wenn es aber zu einem Massenexodus kommt, entstehen Ängste, die sich irgendwann zu Erzählungen von bestimmten Taten verdichten und sich hartnäckig halten, und das über Jahre. Es geht immer wieder um die gleichen Inhalte, die gleichen Verdächtigungen, die über Ausländer gehegt werden....

**Aus Das Lange Leben der Leichtgläubigkeit / Fp 28.Okt. 2015 / Dazu Bild "Das Gerücht" - eine Lithografie (Ausschnitt) von Andreas Paul Weber (1893-1980)**

## Invasion der Gotteskrieger in der Ritterstraße?

**In der Chemnitzer Ritterstraße hören es "Anonyme" läuten, aber nicht Zusammenschlagen**

**Das war im Briefkasten**

**Achtung! Hier wird eine Stimmungskanone in Stellung gebracht**

"Liebe Anwohner, hier an der Ritterstraße! Ich habe aus relativ sicherer Quelle erfahren, das in die ehemalige Euroschule, also in die Nr.9, "Flüchtlinge" einquartiert werden sollen...  
- Eigentlich müsste jeder schon mitbekommen haben, das da keine Flüchtlinge kommen, sondern Invasoren, Verbrecher und Glaubenskrieger!!!  
- Auch, das man abends schon gar nicht mehr allein raus gehen kann...  
Dauernd ist die Polizei, Feuerwehr und das DRK im Einsatz, hört man ja auch, das ständig die Sirene geht!  
  
WOLLT IHR DAS HIER GLEICH NEBENAN ???!"



**Aus einer Erwiderung** Anwohner/innen in der Ritterstraße, haben neulich ein Schreiben in ihrem Briefkasten entdeckt, in dem

vor einer Flüchtlingsunterkunft in unserer Straße gewarnt wird.

### WAS IST FAKT?

Richtig ist, dass die Stadt das Gebäude der ehemaligen Euro-Schulen zur Unterbringung von bis zu 50 unbegleiteten, männlichen Jugendlichen angemietet hat. ...Weibliche Flüchtlinge werden, auch aus Gründen der Konfliktprävention, im Gebäude des Jugendnotdienstes der Arbeiterwohlfahrt (AWO) untergebracht. (Freie Presse am 19.10.)

### FAKT IST

Falsch sind hingegen die Behauptungen, Gotteskrieger und Invasoren würden zur Bereicherung einiger Weniger (wer auch immer das sein soll) in „Luxusbussen“ hierhergebracht. Die Vorurteile des Pamphlets gegenüber den Geflüchteten können sind mit Informationen aus absolut sicheren Quellen widerlegen.

### FAKT IST

Zunächst einmal sei gesagt, dass es sich bei den Ankommenden weder um Gotteskrieger, noch um Invasoren handelt. Ein kurzer Blick in die offizielle Statistik des Bundesamtes für Migration zeigt: Seit Beginn des Bürgerkrieges in Syrien 2011 bis Ende September diesen Jahres sind in Deutschland 764.298 Asylanträge gestellt worden. Das entspricht



**Chemnitz**  
**Einbrecher kamen während Demo**  
Im Einsiedler Ortsteil Berbisdorf sind mehrere Eigenheimbesitzer Opfer von Einbrechern geworden. In zwei Fällen drangen der oder die Täter in Häuser ein, in zwei weiteren blieb es beim Versuch. Die Vorfälle ereigneten sich am Mittwochabend, als zahlreiche Einwohner des Stadtteils sich an einer Demonstration gegen die im einstigen Fronterlager geplante Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber beteiligten. Die Polizei sicherte Spuren an den Tatorten. (mb/micm) Seite 9

**Zwei Zeitungsmeldungen zu Einsiedel.—  
Flüchtlinge waren da noch nicht da. Frage: Wer demonstriert nun gegen die Einbrecher ?  
(Aus FP 22.10.2015)**

nicht einmal einem Prozent der Gesamtbevölkerung Deutschlands. Im gleichen Zeitraum sind im Rahmen der Jugoslawienkriege (Kroatien- und Bosnienkrieg) zwischen 1991 bis 1995 1.144.112 Asylanträge gestellt worden. Der Rekord lag bei 438.191 Asylanträgen im Jahr 1992. Damals wie heute lässt der Dschihad auf deutschem Boden auf sich warten, obwohl aus beiden Regionen überwiegend muslimische Bevölkerungsgruppen flohen. Dagegen stehen zwei andere Zahlen:

2014 gab es 153 gewalttätige Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, bis zum 20. Oktober 380 Anschläge allein im Jahr 2015! Überhaupt lässt sich organisiert islamistisch motivierte Gewalt in Deutschland derzeit nicht nachweisen.

### FAKT IST

In Sachsen lag der Prozentsatz nicht-deutscher Straftäter im Jahr 2014 übrigens bei 18,3%, in Chemnitz bei 16,5%. Unter den ermittelten Straftaten waren 32,5% Verstöße gegen das Asylrecht, gegen das Deutsche gar nicht verstoßen können.

### FAKT IST

Die Stadt Chemnitz verfolgt bei der Flüchtlingsunterbringung ein sogenanntes „dezentrales Konzept“. Das bedeutet, dass Flüchtlinge, sofern möglich, nicht in Sammelunterkünften einquartiert werden, sondern in Wohnungen. Dies hat mehrere wichtige Vorteile: Zum einen werden Meinungsverschiedenheiten aufgrund der hohen Diversität an Kulturen, Religionen und Sprachen präventiv verhindert und damit das Kriminalitätspotential gesenkt, andererseits werden keine künstlichen Grenzen zwischen „Ausländern“ und „Inländern“ geschaffen, wodurch die Integration gefördert werden soll. Ein Nachteil ist allerdings, dass dieses Konzept Mehrkosten mit sich bringt.

### FAKT IST

Auch hier kann man zu Recht Kritik an der sächsischen Landesregierung äußern, allerdings ist auch dies nicht die Schuld der Geflüchteten. Die bis dato fehlende Transparenz der Stadt ist tatsächlich ein Punkt zur Kritik. Allerdings muss diese Kritik der Stadt und den verantwortlichen Stellen gelten und nicht den Menschen, die hier Schutz suchen, denn diese Menschen dürfen sich nicht aussuchen, wo sie untergebracht werden.

### FAKT IST

Die Sirenen, die man immer hört, gehören fast nie zur Polizei! Dass es in der Ritterstraße hin und wieder lauter wird, liegt daran, dass die zentrale Rettungsleitstelle der Stadt Chemnitz auf der Schadestraße, am anderen Ufer der Chemnitz untergebracht ist.

### FAKT IST

Es ist leicht anderen Menschen prinzipiell schlechte Absichten zu unterstellen. Doch diese Unterstellung allein ändert nichts an der Tatsache, dass in den Herkunftsländern Krieg, Hunger und Armut herrscht. Diese Tatsachen werden oftmals nicht kritisiert, allerdings durch deutsche Außenpolitik teils deutlich mitgetragen. Zusammengefasst spricht man hier von „Fluchtursachen“ und diese gilt es zu bekämpfen, wenn man weniger Flüchtlinge will.

### FAKT IST

Hier ein paar konkrete Beispiele: Deutschland exportiert seit Jahren Waffen in Gebiete, die politisch instabil sind. Allein im ersten Halbjahr 2015 wurden mehr Waffen in Drittstaaten exportiert, als im gesamten Jahr 2014. Wer glaubt, dass diese Waffen die entsprechenden Regionen sicherer machen, irrt gewaltig. Spätestens wenn der nächste Bürgerkrieg ausbricht, werden sie dafür sorgen, dass die Flüchtlingszahlen steigen.

Damit wir günstig bei Netto Lebensmittel (insbesondere Fleischprodukte) kaufen können, wird der Agrarsektor seit Jahren mit steigenden finanziellen Mitteln subventioniert. Diese Subventionen führen natürlich zu einer maßlosen Überproduktion, welche wiederum zu einem erhöhten Exportvolumen an Agrarprodukten führt. Da allerdings viele Schwellenländer bereits am sogenannten Punkt der Sättigung angekommen sind, exportiert die EU seit Jahren auch in Entwicklungsländer in Afrika. Die Preise für exportiertes Fleisch liegen dort inzwischen unter den Preisen für lokal produziertes Fleisch, da die



**Panzer für Katar – kein Problem für Kanzlerin in Berlin**

Opposition verweist auf Jemen-Krieg

Berlin. Die Bundesregierung hat die Lieferung von »Leopard«-Kampfpanzern an den Golfstaat Katar verteidigt. Die ersten Panzer sind bereits auf dem Weg ins Empfängerland. Bundeskanzlerin Angela Merkel hält die 2013 von der damaligen schwarz-gelben Regierung genehmigte Lieferung »nach wie vor vertretbar«, sagte die Vize-Regierungssprecherin Christiane Wirtz am Freitag.

Der außenpolitische Sprecher der Linksfaktion, Jan van Aken, meinte, die Regierung habe bei den Waffenexporten »jegliche Hemmung« verloren und mache sich »mit-schuldig an den Toten in Jemen«. Katar beteiligt sich an der von Saudi-Arabien angeführten Militäraktion in Jemen. Auch die Rüstungsexpertin der Grünen, Agnieszka Brugger, hält den Panzer-Deal für »absolut verantwortungslos und sicherheitspolitisch wahnwitzig«. Die von Krauss-Maffei-Wegmann beantragte Lieferung umfasst 62 »Leopard-2« und 24 Panzerhaubitzen. Wert: zwei Milliarden Euro. *hei Kommentar Seite 2*

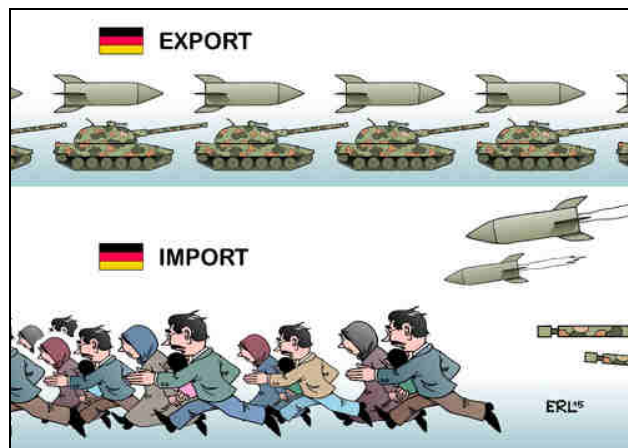
**Aus neues deutschland 24./25. 10. 2015**

Futtermittel dort ebenfalls importiert werden müssen und dadurch teurer sind. Das wiederum hat zur Folge, dass ganze Wirtschaftssysteme zerstört werden, weil in vielen afrikanischen Ländern die Landwirtschaft den Hauptwirtschaftszweig darstellt. Was bleibt einem Bauernsohn aus dem Senegal also, wenn er eine Familie gründen und nicht in Armut verhungern will außer der Flucht?

Seit vielen Jahren reicht die Entwicklungshilfe für die ärmsten Staaten dieser Welt gerade so aus um die Regierungsgeschäfte des Landes am Laufen zu halten. Die einfache Bevölkerung sieht in der Regel nichts von den Geldern, Korruption tut ihr Übriges dazu.

### FAKT IST

Die getroffenen Unterstellungen berücksichtigen die Alternativlosigkeit der Ankommenden nicht und sind nicht produktiv. Wer Fluchtursachen bekämpft, wird auch Auswanderung wieder fördern. Gerade Leute die Deutschland so sehr lieben, müssen doch am ehesten verstehen, dass niemand seine Heimat leichtfertig aufgibt. Es sei denn man unterstellt ein „Anderssein“ der Geflüchteten. Eine einfache



Erklärung, welche im Grunde rassistisch ist, denn sie teilt Menschen und deren Gedanken nach ihrer Herkunft ein.

### FAKT IST

Geburt in einem Land, welches durch willkürliche Grenzziehung definiert ist, ist keine Leistung, die ein Mensch beeinflussen kann. Kein Mensch entscheidet sich dazu „Deutscher“, „Syrer“ oder „Chineser“ zu sein.

### Zum Schluss noch ein FAKT

Im Abschluss des Schreibens von "Besorgt fragenden Bürger" steht: „Ich möchte lieber anonym bleiben, weil ich mich und meine Familie nicht der linken Gewalt aussetzen möchte!“. Auch das mit dem Anonymbleiben hat nicht so wirklich geklappt. Hier in der Ritterstraße wohnen 2 Familien, davon eine mit einem 50%igen Migrationshintergrund. Besorgt macht aber schon, wenn ein Auto mit der Aufschrift „Eva Braun is beautiful!“ mehr als ein halbes Jahr an einer doch recht häufig begangenen Einfahrt zu parken!

### Wer also hat die "Besorgten" zu Richtern gemacht?

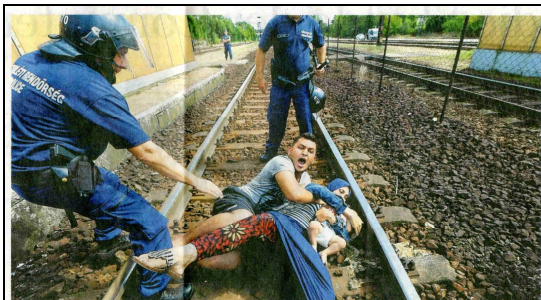
**Den Scheinheiligen hinter der Gardine der Anonymität rufen wir zu: Bitte sprecht oder "fragt" NICHT IN UNSEREM NAMEN! WAS WIR WOLLEN ist mehr Sachlichkeit, weniger stimmungsgetriebenes Wortgeprassel!**

Was bleibt? Für uns ALLE, mithin auch für die, die von Demo zu Demo ziehen und auch für die PEGIDA- Nomaden -

### DENKEN BLEIBT DIE ERSTE BÜRGERPFLICHT!

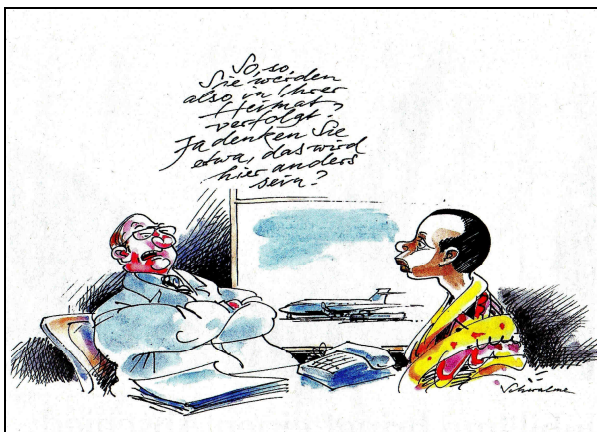


## Beispiele der Solidarität gestern und heute



Nicht ins Flüchtlingslager: Auf dem Bahnhof im ungarischen Bicske hat sich ein Flüchtling mit Frau und Kind auf die Schienen gelegt. Die Familie wollte mit dem Zug nach Österreich - der wurde aber gestoppt. FOTO: LASZLO BALOG/REUTERS

## 2015 Ungarische Grenze - Bild zur Erinnerung der Selbstzufriedenen auf der "Insel der Seeligen"



Der Brandenburger Cartoonist Reiner Schwalm (78) hat beim Deutschen Karikaturenpreis den geflügelten Bleistift in Gold gewonnen. Der aus Niederschlesien stammende Künstler wurde in Dresden für sein Bild „Verfolgt“ ausgezeichnet. Text: "So, so. Sie werden in ihrer Heimat verfolgt. - Ja denken Sie etwa, das wird hier anders sein?"

## Bei anderen gelesen...

### Wie Rechtsextreme Pegida steuern "Neonazis organisieren und melden an"

Von Christian Kreuzer

Besteht Pegida vor allem aus "besorgten Bürgern", die man zu Unrecht mit Neonazis ins selbe Boot setzt? Nein, sagt das Bundesinnenministerium. In mindestens sechs Bundesländern würden Veranstaltungen der Pegida-Bewegung von Rechtsextremisten organisiert oder zumindest beeinflusst.

Das ist die Antwort auf eine Anfrage der Linken-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke, aus der die "Thüringer Allgemeine" zitiert. "Bisher könnte bei 'Gida'-Veranstaltungen in Berlin, Nordrhein-Westfalen (NRW), Sachsen-Anhalt, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Bayern eine rechtsextremistische Steuerung oder Einflussnahme festgestellt werden", schreibt das Bundesinnenministerium der Zeitung zufolge. Insbesondere die Pegida-Ableger in Thüringen, Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern würden durch rechtsextremistische Parteien wie NPD, Die Rechte und PRO NRW unterstützt.

### "Durchgängiges Muster"

Ausschlaggebend für die Anfrage seien zunehmende Berichte über wachsenden rechtsextremen Einfluss auf die ohnehin schon rechtsaußen angesiedelte "Gida"-Bewegung gewesen, so Jelpke zu t-online.de.

"Diese Berichte waren ja in den letzten Monaten den Medien zu entnehmen. In meinem Dortmunder Wahlkreis konnte ich mich auch davon überzeugen." t-online.de sprach über das Thema auch mit der Thüringer Landtagsabgeordneten der Linken, Katharina König. Sie gilt als ausgewiesene Expertin zum Thema Rechtsextremismus in ihrem Bundesland. "Für Thüringen stimmt das alles", so König.

Als Beispiel nennt sie den Fall Yvonne W.. Die habe die ersten Märsche des Thüringer "Gida"-Ablegers "Sügida" organisiert und angemeldet. W. pflege enge Kontakte zur Nazi-Szene und trete auch selbst nazistisch und rassistisch auf.

Auf ihrer Facebook-Seite fänden sich Sprüche wie "Kanaken abknallen", Ausländer "mitsamt der Gebärmaschinen übereinander knallen", "Neger an die Wand". Auch gegen die polnischen Nachbarn werde gehetzt ("arbeitsscheu, schmutzig, undiszipliniert, träge und unordentlich"). Selbst zu Massakern an Ausländern und ihren Helfern rufe W.



auf. König hat deshalb bereits im Januar Anzeige wegen Volksverhetzung gegen W. erstattet. Ein anderes Beispiel: Veranstalter der Aufmärsche des Sügida- Nachfolgers Thügida sei der Greizer NPD-Mann David Köckert. Das sei ein durchgängiges Muster, so König: "Nenonazis melden die 'Gida'-Demos an, organisieren sie und stellen die Mehrheit der Marschierer."



**Folgen ihm die Pegida- Spaziergänger ganz unverdrossen?**

### Und die besorgten Bürger?

Schon bei den Demos von "Sügida" seien nach ihrer Einschätzung nur rund 30 Prozent der Teilnehmer keine Neonazis gewesen, sagt König. "Das merkt man an den typischen Parolen, die da gerufen werden und wie viele Leute die kennen und mitrufen", so die Insiderin.

Auch hätten sich viele bürgerliche Demonstranten nach und nach von den Hassveranstaltungen abgewendet. In Thüringen sei mittlerweile allgemein bekannt, wer die Märsche organisiere. "Da kann sich keiner mehr rausreden", stellt König klar.

Anders liege der Fall bei der AfD, so Jelpke und König übereinstimmend: In der Partei gebe es "keinen massiven Nazi-Einfluss", sagt König. Viele Nazis nähmen aber an deren Veranstaltungen teil und bildeten dort einen eigenen Block.

Jelpke teilte t-online.de indessen mit, sie habe an das Bundesinnenministerium auch eine Anfrage zum rechtsextremen Einfluss bei der AfD gestellt. Das Ergebnis werde für den 9. Dezember erwartet.

t-online.de 02.12.2015

## EINSIEDEL zum Begriff geworden

In einem ländlichen Vorort von Chemnitz wird in diesen Tagen eine neue Erstaufnahmestelle für Asylbewerber eingerichtet. 500 Menschen sollen in ein ehemaliges Pionierlager einziehen, der Widerstand ist massiv. Was wird passieren, wenn die ersten Flüchtlinge eintreffen? - So wurde in der Freien Presse am 13. November ein Bericht unter der Überschrift "Die Wut von Einsiedel" eingeleitet. Zuvor war in der gleichen Zeitung ein PRO UND KONTRA von Redakteuren zum Thema zu lesen. Es sollte wohl die Objektivität der Journalisten deutlich machen. Journalisten geben gern vor, objektiv zu sein; das war schon immer eine Fiktion.

Heribert Prantl verwies "Bei Gregor Gysi zu Gast" auf den legendär gewordenen Satz des TV-Kollegen Hans Joachim Friedrichs, ein guter Journalist mache sich mit keiner Sache gemein, und sei sie noch so gut. Natürlich wisse er, wie der Satz gemeint sei: als Distanz zu jeder Art von Lobbyismus, als Abkehr von jeder Gesinnungskumpanei, als Widerstand gegen eine Parteinahme, die nur immer die Schuld der anderen propagiert. Aber für sich genommen sei es »der dümmste Satz, den ich je gehört habe«. Selbstredend müsse der Journalist sich gemein machen - mit den geschundenen Interessen von Minderheiten, mit dem Sorgengeflecht der Ohnmächtigen und Sprachlosen. Der schlimmste Feind der Glaubwürdigkeit sei im übrigen der Zynismus.



Heribert Prantl Foto: dpa/Arno Burgi

Prantel ist Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung (aus nd 1.12.2015)

## Um vorwärts zu kommen, sollte man auch nachsehen woher alles kommt.

### Zum Thema: Journalismus in dieser Zeit

Nach der Veröffentlichung einer Seite ZEITGESCHICHTE in der Freien Presse am 13. November 2015 unter der Überschrift "Die Wut von Einsiedel" wurde an den Autor Oliver Hach und interessierte Kollegen der nachfolgende Artikel geschickt.

## Bitte kein Lavieren

Ja, auch in unserer der schnelllebigen Zeit gibt es sie noch, die aufmerksamen Zeitungsleser. Und solch einer las mit **Genugtuung 2007 in der Freien Presse von Mittweida** unter der Hauptüberschrift **"Halbherzig"** einen Kommentar von dem **Journalisten Oliver Hach**.

Im Jahr 2007, als klar wurde, dass es im Raum Mittweida, von der „Sachsenburger Denkmalschändung im Jahre 1992, bis zur Kameradschaft „Sturm 34“ im Jahre 2007 eine Abfolge ergibt. Und sich der Mittweidaer Bürgermeister, Matthias Damm (CDU), sich beeilte, trotz der Neonazi-Kameradschaft „Sturm 34“ in der Presse zu erklären, dass es aus seiner Sicht keinen Naziterror in Mittweida gebe – „maximal Straftaten mit rechtem Hintergrund“.

Unter der Hauptüberschrift „Halbherzig“ war am 14. Mai 2007 von Oliver Hach nach einer 2000-Teilnehmer- Demo gegen Ausländerfeindlichkeit, Fremdenhass und Neonazis ua. zu lesen:

**...Doch die Zahl kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Region weiter ein Problem mit Rechtsextremismus hat - und zwar beim Umgang mit diesem. Das Lavieren in Rathaus und Landratsamt zeigt: Wenn es beim Kampf gegen Neonazis konkret wird, gehen etablierte Politiker hierzulande oft nur halbherzig zu Werke.**

*Erst heißt es, man habe gar kein Neonazi Problem. Das werde - zum Schaden der Region - nur von den Medien herbeigeredet. Dann beginnt der Landrat einen Fördermittelantrag für Projekte gegen Rechts mit dem Satz, Mittweida sei in der Vergangenheit keine Schwerpunkregion des Rechtsextremismus in Sachsen gewesen. Und wenn es dann auf die Straße gehen soll, macht man eilig „gewaltbereite Autonome“ im Demonstrationszug aus. Die Bürger sollten also am besten zu Hause bleiben. Wie auf diese Weise das viel beschworene breite Bündnis gegen Rechts zustande kommen soll, bleibt schleierhaft.*

**Das war vor über acht Jahren. Vom „Eiertanz“ war zu berichten.**

**Nun, am Freitag, dem 13. November 2015** war vom **Asyl- Drama um Einsiedel** vom damals so konsequenten Journalisten Oliver Hach wieder in der Freien Presse zu lesen. Unter **"Die Wut von Einsiedel"** und einem großflächigem **NEIN- Foto** wird ein Hin und Her beschrieben. Und die Bürgerinitiative "Nein zum Erstaufnahmeheim" erhält durch einen Ronny Matthes eine weithin fett vernehmbare Stimme. **"Wir wollen hier keine Erstaufnahmeeinrichtung - und dabei bleiben wir."** Und der Herr Matthes hat, wohl im Sinne der **"Besorgten Bürger"** im Beitrag von Oliver Hach 2015 auch das letzte Wort.

Eine Seite Verständnis? Lavieren. Eiertanz. Weder Fisch noch Fleisch.

Wer wird hier bedient, fragt sich der aufmerksame Leser?

Was ist zwischen 2007 und 2015 passiert mit dem erstklassigem Zeitungsjournalisten Hach?

Unter dessen abgeschliffen? Beängstigt von Pegida-LÜGENPRESSE- Geschrei?

Oliver Hach hat im Jahr 2007 in Mittweida keine Zweideutigkeiten erkennen lassen.

Gerade heute sollte es nicht anders sein!

P.J.

Freitag, 13. November 2015 ZEITGESCHEHEN

# Die Wut von Einsiedel

In einem ländlichen Vorort von Chemnitz wird in diesen Tagen eine neue Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber eingerichtet. 200 Menschen sollen in ein ehemaliges Pensionat einziehen, der Widerstand ist massiv. Was wird passieren, wenn die ersten Flüchtlinge einströmen?

**Asyl: Hunderte in Einsiedel auf der Straße**

**Was Räte zum Asylheim in Einsiedel sagen**

**Erste Einblicke in Einsiedler Asylheim**

**Rathaus plant weitere Unterkünfte**

## Heimgegner betonen Dialog-Bereitschaft

Vergleichsweise moderate Töne prägten gestern Abend die schiefe Protestaktion gegen die geplante Asylunterkunft im einstigen Pensionat.

Oktober hatte Pegida im Internet gemeldet, „die Busse mit den Invasoren“ seien unterwegs nach Einsiedel. Hunderte Leute versammelten sich nach dieser Falschmeldung. Lkw versperrten die Straße. Jetzt sagt Ronny Matthes der Presse noch einmal: **Wir wollen hier keine Erstaufnahmeeinrichtung - und dabei bleiben wir.** Man habe selbst nicht vor, sich an Gewalttaten zu beteiligen. „Doch ich kann nur für uns sprechen.“ Hinter ihm flimmert über die Leinwand: **Wundert euch nicht, wenn der Widerstand und die Wut der Bürger weiter wächst.**

**Nebenstehend Beispiel für Dialog-Bereitschaft?**

**Und zum Journalismus noch: Wenn Rechtsextreme, Nationalisten, Rassisten und irregeleitete Wutbürger »Lügenpresse« schreiben, geht es ihnen aber nicht um mehr Demokratie in der Medienwelt, sondern darum,**

alles, was nicht ihrer Meinung entspricht, zu eliminieren und durch ihre nationalistischen und rassistischen Tiraden zu ersetzen.

\*\*\*

**Sie glauben nur das, was sie glauben wollen.**

### Einsiedler Heimgegner gehen gegen Behördenmitarbeiter vor

Eine größere Gruppe soll sich Zutritt zu den Bereichen der Pionierlager haben. Die Bedrohung...

**Sprecher der Behörde, Pegida Chemnitz-Erzgebirge und Vertreter von „Einsiedel sagt Nein zum Heim“ hatten gestern im Internet von der Aktion berichtet. Bei Facebook wurde sie als Erfolg „motivierter Detektive“ gefeiert. „Mit etwas Nachdruck“ sei es gelungen, Häuser zu sehen, die schon renoviert sind, heißt es.**

VON MICHAEL MÜLLER

Nach dem Besuch der künftigen Einrichtung in Dienstagsabend Landesdirektion zünd Personen d rktes gehindert ten sie sich Zug einstigen Pioni die derzeit sani

Sprecher der Behörde, Pegida Chemnitz-Erzgebirge und Vertreter von „Einsiedel sagt Nein zum Heim“ hatten gestern im Internet von der Aktion berichtet. Bei Facebook wurde sie als Erfolg „motivierter Detektive“ gefeiert. „Mit etwas Nachdruck“ sei es gelungen, Häuser zu sehen, die schon renoviert sind, heißt es.

gestanden hätten und deshalb sa- niert werden müssen, erläuterte der Sprecher der Behörde, Pegida Chemnitz-Erzgebirge und Vertreter von „Einsiedel sagt Nein zum Heim“ hatten gestern im Internet von der Aktion berichtet. Bei Facebook wurde sie als Erfolg „motivierter Detektive“ gefeiert. „Mit etwas Nachdruck“ sei es gelungen, Häuser zu sehen, die schon renoviert sind, heißt es.

### "Der schwache Staat?"

In einer Presseinformation der LINKEN im Stadtrat wird unter der Überschrift "Der schwache Staat?" gefragt: Gegen den **Pfarrer König** aus Jena oder den heutige Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen, **Rammelow** wurde Jahre mit fragwürdigen Argumenten durch die Staatsanwaltschaft Dresden wegen Verstößen gegen das Demonstrationsrecht ermittelt. Ihr Vergehen? Sie haben angeblich eine Demonstration der NPD am 13. Februar, dem Tag der

### »Eine bösertige Anklage«

Verhandlung gegen Jenaer Jugendpfarrer hat begonnen / Kathar König hüllt auf fairen Prozess



Die Verhandlung gegen den Jenaer Jugendpfarrer Kathar König hat am Mittwoch im Amtsgericht Dresden begonnen. Der 68-jährige Pfarrer wird beschuldigt, die NPD bei einer Demonstration am 13. Februar 2014 unterstützt zu haben. König ist ein Mitglied der NPD und hat sich in den letzten Jahren für die Partei engagiert. Die Staatsanwaltschaft Dresden hat ihn wegen Verstoßes gegen das Demonstrationsrecht angeklagt. Die Verhandlung wird bis zum nächsten Monat andauern.

Zerstörung Dresdens, behindert.

„Besorgte Bürger“ – wohl nicht aus Einsiedel – haben am Mittwoch einen Beschäftigten im ehemaligen Pionierlager bedroht und genötigt, ihnen Zutritt zu den geplanten Flüchtlingsunterkünften zu verschaffen. Es dürften keine Einsiedler gewesen sein, denn diese hatten Tags zuvor die Möglichkeit, die Einrichtung in Augenschein zu nehmen. Das war richtig, dies hat sicherlich bei einigen zu einem – hoffentlich – Umdenken geführt. **Die Nötigung des**

**Mitarbeiters und das damit rechtswidrige Betreten der Einrichtung ist, was es ist.**

**Rechtsbruch!** Die Fraktion DIE LINKE verlangt, von Polizei und Strafverfolgungsbehörden nunmehr ein hartes Durchgreifen. Die Bedrohung von Menschen, die, ob Haupt – oder ehrenamtlich sich für Flüchtlinge einsetzen, darf nicht hingenommen werden. Wird da wieder die rechte Augenklappe runtergezogen, dann ist es die Kapitulation des Rechtsstaates vor der rechten Ideologie und deren Anhängern.

**Nun ist es raus!**

**Ein Einwurf von Dietmar Berger, stellv. Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Stadtrat**



Die „besorgten“, Bürger von Einsiedel waren „besorgt“ um die zu erwartenden Flüchtlinge wegen mangelhaftem Brandschutz, fehlendem Nahverkehr, zu wenig Einkaufsmöglichkeiten im Ort oder der Möglichkeit, dass bei Straßenglätte diese ausrutschen.

Nun sind sie selber „ausgerutscht“;

nämlich mit ihrer eigenen Argumentation. Seit vergangener Woche ist nun klar, was die Wortführer – nicht alle Einsiedler – wirklich wollen. Kein einziger Flüchtling darf sozusagen Einsiedler Territorium betreten. Die Forderungen, statt einer Erstaufnahmeeinrichtung doch eine Bildungsstätte für Deutschkurse oder nur weibliche Flüchtlinge und Kinder aufzunehmen, sind vom Tisch.

Es ist ein Skandal, was da Menschen glauben, fordern oder verhindern zu können.

Bestimmt wird man einen Teil von ihnen wieder als Weihnachtsnomaden zu Heiligabend zum Krippenspiel in der Kirche treffen, um damaligen Flüchtlingen zu gedenken und zu feiern.

Dazu kommt die Pressemeldung, dass der Ortsvorsteher (CDU) der Initiative gegen Flüchtlinge ein Büro im Rathaus angeboten haben soll. Wir können es uns nicht vorstellen, dass er dies wirklich will oder gar zugesagt hat.

Aber wenn, dann, dies fordern wir, muß die Stadtverwaltung einschreiten, denn das Rathaus in Einsiedel ist städtisches Eigentum. Wer dort residiert, entscheidet nicht ein Ortsvorsteher – auch kein Ortschaftsrat, sonder die Stadt.

Wir erwarten aber auch vom Kreisverband der CDU eine klare Haltung gegen jeglichen Versuch, öffentliche Gebäude für Gegner auch ihrer eigenen Bundesvorsitzenden zu mißbrauchen. Es ist an der Zeit, dass sich der Kreisvorsitzende der CDU, Frank Heinrich (MdB) nicht nur mit wohlfeilen Worten über seine Arbeit in Berlin berichtet, sondern hier klare Worte findet.

**Man lädt sich gerne Gäste ein,  
doch wer sind sie?**

Von Leo Fischer

*Es war noch ein lustiger Moment, als sich die damalige Familienministerin Kristina Schröder 2011 in einer Bundestagssitzung für ihr Konzept der Extremismusbekämpfung rechtfertigen musste. Waren doch auf Steuerzahlerkosten Jungunionisten und ähnlich mittige Erscheinungen nach Berlin gefahren worden, um sich dort auf einer Art Polit-Safari linke Wohnprojekte und autonome Zentren anschauen zu dürfen - nächtliche Clubbesuche inklusive.*

*Heute, wo jeden Tag ein anderes Flüchtlingsheim brennt, Journalisten bedroht und Politiker an den Galgen gewünscht werden, erscheint diese Form der Schröderischen Extremismusreform nicht mehr als komisch, sondern als versteckte Förderung. Dass die Sicherheits- und Nachrichtendienste bis ins Detail mit dem »Nationalsozialistischen Untergrund« verwoben waren, während Schröder Butterfahrten für die Parteijugend organisierte, von humanitären Organisationen Bekenntnisse zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung verlangte und etwa auch diese Zeitung ins linksextremistische Spektrum einordnete, beweist heute, wo verdrehte Pegidisten ihren Irrsinn jeden Tag ein bisschen schamloser in die Gegend spozten, nur eins: Dass der Kampf gegen den »Extremismus« den Kampf gegen rechts effektiv verhindert hat; ein Kampf, der mittlerweile als gescheitert angesehen werden darf.*

*Dieselben Medien, die sich noch vor fünf Jahren stets weigerten, NPD-Funktionären öffentliche Sendezeit zu gewähren, laden jetzt zu praktisch jedem Thema, ob Europa, Gender oder Schlumpfpfpreibremse, einen AfD-Angehörigen ein, der sich in Inhalt und Habitus durch nichts vom NPD-Kumpel unterscheidet.*

*Bedrückend ist nicht so sehr das letztlich kleine, wenn auch gut organisierte Häuflein, das diesen Gestalten die Treue hält, sondern das Schweigen der Mehrheit, das bereits akzeptiert hat, dass der »Kampf gegen den Extremismus« ausschließlich als Kampf gegen links gemeint war; eine Mehrheit, die nichts sagt und nicht den Tisch verlässt, wenn der Erbonkel plötzlich über Kanaken zu dozieren beginnt; eine Mehrheit, die sich einredet, Pegida säße nicht schon mit im Kabinett, wenn Merkel das Asylrecht auf den Kopf stellt.*

*In der Schweiz kann man sehen, wohin die Mittigkeit der Mitte führt: Jahrzehntlang hat man die SVP in alles einbezogen, an jeden Tisch geholt, in der Absicht, sie einzuhegen. Jetzt gibt es in der Schweiz keine einzige politische Idee, deren Ursprung nicht die SVP ist, alle anderen Parteien dienen lediglich der Dekoration und des Kommentars. Im Kampf der Mitte gegen die Extreme hat*

*sich die Mitte bis in die Bedeutungslosigkeit verkleinert.*

**Leo Fischer war Chefredakteur  
des Nachrichtenmagazins »Titanic«.  
Aus nd 7./8. Nov. 2015**

**Petry mit missionarischen Eifer**



Der Freundeskreis Neue Zeit Geschichte zitiert in AUFGEMERKT & ANGEMERKT aus Medien, die sich Zeitgenossen nicht mehr aus finanziellen oder anderen Gründen leisten wollen. Will bei Überlegungen helfen.